

Regulierung von Plastikverbrauch

Datenbasis:	1.008 Befragte
Erhebungszeitraum:	10. bis 14. April 2019
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Heinrich-Böll-Stiftung

1. Verbot von Einwegplastikartikeln

Das in der Europäischen Union auf den Weg gebrachte Verbot von verschiedenen Einwegplastikartikeln, wie etwa Plastikstrohhalm, Wattestäbchen und Einwegbesteck, halten nur 8 Prozent der Befragten für ausreichend.

84 Prozent der Befragten würden sich weitere Verbote wünschen. Für 6 Prozent der Befragten sind die derzeitigen Verbote bereits jetzt zu weitreichend.

▪ Verbot von Einwegplastikartikeln

Das in der Europäischen Union auf den Weg gebrachte Verbot von verschiedenen Einwegplastikartikeln, wie etwa Plastikstrohhalm, Wattestäbchen und Einwegbesteck, halten für ausreichend

	ja %	nein, würde mir weitere Verbote wünschen %	Verbote *) bereits jetzt zu weitreichend %
insgesamt	8	84	6
West	9	84	6
Ost	7	81	10
Frauen	6	89	3
Männer	11	78	10
18- bis 29-jährige	10	83	4
30- bis 44-jährige	10	82	7
45- bis 59-jährige	7	83	8
60 Jahre und älter	8	86	6

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2. Weitere Maßnahmen zur Reduzierung des Plastikverbrauchs

Diejenigen Befragten, die das Verbot der Europäischen Union von Einwegplastikartikeln für ausreichend halten oder sich weitere Verbote wünschen, sind im Anschluss danach gefragt worden, welche weiteren Maßnahmen die Bundesregierung über das Verbot von Einwegplastikartikeln hinaus ergreifen sollte.

Die den Befragten vorgelegten Maßnahmen erhalten dabei fast durchweg eine sehr hohe Zustimmung.

Am häufigsten (98 %) sollte sich die Bundesregierung aus Sicht der Befragten für höhere Strafen für Konzerne, die Plastikmüll in der Umwelt entsorgen, einsetzen.

Eine ähnlich hohe Zustimmung erhält eine klare Kennzeichnungspflicht für Produkte, in denen Mikroplastik und Chemikalien enthalten sind (93 %).

Jeweils 92 Prozent der Befragten wünschen, dass sich die Bundesregierung für die Förderung von Mehrwegverpackungen, höhere Strafen für Bürgerinnen und Bürger, die Plastikmüll in der Umwelt entsorgen, und für ein Verbot von Plastikmüllexporten in Länder mit unzureichenden Umwelt- und Sozialstandards einsetzt.

91 Prozent halten die Verpflichtung von Herstellern, langlebige, reparierbare und wiederverwertbare Produkte auf den Markt zu bringen, für eine Maßnahme, die die Bundesregierung auf europäischer Ebene vorantreiben sollte.

Demgegenüber etwas weniger Zustimmung erhalten eine stärkere Beteiligung von Unternehmen an den Kosten für Reinigungsmaßnahmen in der Umwelt in Folge des Plastikverbrauchs (86 %) sowie Abgaben und Gebühren auf Einwegplastikprodukte für deren Hersteller (83 %).

Die im Vergleich unpopulärste Maßnahme sind zusätzliche Abgaben und Gebühren auf Einwegplastikprodukte für Verbraucher (63 %).

Für ausschließlich freiwillige Lösungen und keine verpflichtenden Maßnahmen für Industrie und Handel sprechen sich nur wenige Befragte (7 %) aus.

▪ Weitere Maßnahmen zur Reduzierung des Plastikverbrauchs (I) *)

Über das Verbot von Einwegplastikartikeln hinaus sollte die Bundesregierung folgende weitere Maßnahmen ergreifen:	insgesamt %	West %	Ost %	Frauen %	Männer %
- höhere Strafen für Konzerne, die Plastikmüll in der Umwelt entsorgen	98	98	97	98	98
- klare Kennzeichnungspflicht, wenn Mikroplastik und mit Chemikalien belastetes Plastik in Produkten wie Kosmetikartikeln und Reinigungsmitteln enthalten sind	93	92	94	91	94
- Mehrwegverpackungen fördern, z. B. durch ein einheitliches Pfandsystem für To-Go-Produkte oder eine Wiederverwendungsquote	92	92	92	90	95
- höhere Strafen für Bürger/innen, die Plastikmüll in der Umwelt entsorgen	92	92	94	92	93
- Plastikmüllexporte in Länder mit unzureichenden Umwelt- und Sozialstandards verbieten	92	91	96	90	93
- Verpflichtung von Herstellern, langlebige, reparierbare und wiederverwertbare Produkte auf den Markt zu bringen	91	91	93	88	94
- stärkere Beteiligung von Unternehmen an den Kosten für Reinigungsmaßnahmen in der Umwelt in Folge des Plastikverbrauchs	86	86	89	83	89
- Abgaben/Gebühren auf Einwegplastikprodukte für deren Hersteller	83	83	84	79	86
- Abgaben/Gebühren auf Einwegplastikprodukte für Verbraucher/innen	61	62	54	60	62
- Ausschließlich freiwillige Lösungen für Industrie und Handel, keine verpflichtende Maßnahmen	7	7	5	9	5

*) Basis: Befragte, die Verbot für ausreichend halten/sich weitere Verbote wünschen

Für eine klare Kennzeichnungspflicht, eine Verpflichtung von Herstellern wiederverwertbare Produkte auf den Markt zu bringen, und eine stärkere Beteiligung von Unternehmen an den Kosten für Reinigungsmaßnahmen in der Umwelt in Folge des Plastikverbrauchs, sprechen sich jüngere Befragten im Vergleich zu älteren Befragten tendenziell etwas seltener aus.

▪ Weitere Maßnahmen zur Reduzierung des Plastikverbrauchs (II) *)

Über das Verbot von Einwegplastikartikeln hinaus sollte die Bundesregierung folgende weitere Maßnahmen ergreifen:	insgesamt %	18- bis 29- Jährige %	30- bis 44- Jährige %	45- bis 59- Jährige %	60 Jahre und älter %
- höhere Strafen für Konzerne, die Plastikmüll in der Umwelt entsorgen	98	99	98	98	97
- klare Kennzeichnungspflicht, wenn Mikroplastik und mit Chemikalien belastetes Plastik in Produkten wie Kosmetikartikeln und Reinigungsmitteln enthalten sind	93	85	89	94	97
- Mehrwegverpackungen fördern, z. B. durch ein einheitliches Pfandsystem für To-Go-Produkte oder eine Wiederverwendungsquote	92	90	90	93	94
- höhere Strafen für Bürger/innen, die Plastikmüll in der Umwelt entsorgen	92	91	91	92	93
- Plastikmüllexporte in Länder mit unzureichenden Umwelt- und Sozialstandards verbieten	92	91	88	95	92
- Verpflichtung von Herstellern, langlebige, reparierbare und wiederverwertbare Produkte auf den Markt zu bringen	91	85	87	93	95
- stärkere Beteiligung von Unternehmen an den Kosten für Reinigungsmaßnahmen in der Umwelt in Folge des Plastikverbrauchs	86	83	82	84	92
- Abgaben/Gebühren auf Einwegplastikprodukte für deren Hersteller	83	82	80	81	87
- Abgaben/Gebühren auf Einwegplastikprodukte für Verbraucher/innen	61	59	56	57	67
- Ausschließlich freiwillige Lösungen für Industrie und Handel, keine verpflichtende Maßnahmen	7	11	3	6	7

*) Basis: Befragte, die Verbot für ausreichend halten/sich weitere Verbote wünschen

3. Umgang mit Mikroplastik in Kosmetika und Reinigungsprodukten

84 Prozent der Befragten meinen, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene bei der Regulierung von Mikroplastik dafür einsetzen sollte, dass der Einsatz von Mikroplastik in Kosmetika und Reinigungsprodukten schnellstmöglich verboten wird.

13 Prozent sind der Ansicht, dass sich Unternehmen freiwillig verpflichten sollten, kein Mikroplastik mehr zu verwenden.

Die 18- bis 29-jährigen Befragten geben tendenziell etwas seltener als ältere Altersgruppen an, dass der Einsatz von Mikroplastik in Kosmetika und Reinigungsprodukten schnellstmöglich verboten werden sollte.

- Umgang mit Mikroplastik

Die Bundesregierung sollte sich auf europäischer Ebene bei der Regulierung von Mikroplastik einsetzen für:

	Einsatz von Mikroplastik in Kosmetika und Reinigungsprodukten schnellstmöglich verbieten	Unternehmen sollen sich *) freiwillig verpflichten, kein Mikroplastik mehr zu verwenden
	_____ %	_____ %
insgesamt	84	13
West	84	13
Ost	85	15
Frauen	86	12
Männer	82	15
18- bis 29-jährige	77	19
30- bis 44-jährige	82	13
45- bis 59-jährige	90	9
60 Jahre und älter	85	14

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4. Umgang mit giftigen Chemikalien in Plastikartikeln

85 Prozent der Befragten meinen, dass sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene beim Umgang mit giftigen Chemikalien in Plastikartikeln dafür einsetzen sollte, dass der Einsatz von gesundheitsschädlichen Stoffen in Plastikartikeln schnellstmöglich verboten wird.

12 Prozent sind der Ansicht, dass sich Unternehmen freiwillig verpflichten sollten, giftige Zusatzstoffe in Plastikartikeln zu reduzieren.

Frauen stimmen tendenziell etwas häufiger als Männer für ein schnellstmögliches Verbot von gesundheitsschädlichen Stoffen in Plastikartikeln.

- Umgang mit giftigen Chemikalien in Plastikartikeln

Die Bundesregierung sollte sich auf europäischer Ebene beim Umgang mit giftigen Chemikalien in Plastikartikeln einsetzen für:

	Einsatz von gesundheits- schädlichen Stoffen in Plastik- artikeln soll schnellstmöglich verboten werden %	Unternehmen sollen sich *) freiwillig verpflichten, giftige Zusatzstoffe in Plastikartikeln zu reduzieren %
insgesamt	85	12
West	86	11
Ost	80	17
Frauen	89	9
Männer	82	14
18- bis 29-jährige	83	13
30- bis 44-jährige	79	14
45- bis 59-jährige	88	10
60 Jahre und älter	88	11

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“